

Gründungsaufruf

Wahrt den sozialen Frieden in den Städten Sachsen-Anhalts Bündnis für eine Soziale Stadt

Die soziale Differenzierung und Spaltung in Deutschland nimmt zu. Mehr denn je geht es darum, das Zusammenleben der Menschen in ihren Nachbarschaften durch städtebaulich, sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch integrierte Maßnahmen zu unterstützen und Konflikte innerhalb der Wohn- und Stadtquartiere friedlich zu bewältigen. Damit nicht immer mehr städtische Wohnquartiere abgleiten und vorhandene soziale Brennpunkte wieder zu funktionierenden Nachbarschaften werden, mobilisiert das Programm "Soziale Stadt" Menschen und Ressourcen für eine positive Quartiersentwicklung und fördert das Zusammenwirken der verschiedenen Ressorts und Politikbereiche sowie der Akteure aus Zivilgesellschaft und Ökonomie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger im konkreten Quartier vor Ort.

Die für das Jahr 2011 vom Bund beschlossene radikale Kürzung des Programms "Soziale Stadt" beseitigt dessen bedeutungsvollen strategischen Ansatz. Kernanliegen und Erfolgsgarantie des Programms, nämlich die Verknüpfung baulich-investiver und sozialer Maßnahmen, werden im Jahr 2011 nur eingeschränkt zugelassen. Das bedeutet faktisch das Aus für das "Soziale" im Programm "Soziale Stadt". Sachsen-Anhalt ist von den Auswirkungen besonders betroffen.

2010 erhielt Sachsen-Anhalt vom Bund rund 3 Mio Euro. Mit den Kofinanzierungsanteilen von Land und Kommunen wurden daraus über 9 Mio Euro. Damit konnten in 11 Städten Sachsen-Anhalts Projekte wie das Quartiersmanagement aber auch eine Reihe investiver Maßnahmen im Wohnumfeld, wie die Sanierung von Spielplätzen oder Begegnungsstätten, gestartet werden. Durch die Kürzungen des Bundes stehen dem Land Sachsen-Anhalt 2011 keine 900 000 Euro mehr zur Verfügung, so dass es insgesamt nicht einmal mehr 2,7 Mio Euro sind, die für neue Maßnahmen im Rahmen des Programms Soziale Stadt eingesetzt werden können. Wie viele Städte dann noch teilhaben können ist völlig offen.

Deshalb rufen wir zur Gründung eines Landesbündnisses für eine Soziale Stadt auf. Damit stärken wir gleichzeitig das Anfang des Jahres auf Bundesebene gegründete Bündnis Soziale Stadt.

Wir fordern:

- das Programm Soziale Stadt im Jahre 2012 wieder auf dem Niveau des Jahres 2010 zu fördern und die für 2011 beschlossene Kürzung der Bundesmittel von 95 Mio. Euro auf 28 Mio. Euro im kommenden Jahr wieder zurückzunehmen,
- die im Jahre 2011 nur noch eingeschränkt mögliche Verknüpfung investiver und nichtinvestiver Maßnahmen als Kernpunkt des Programms wieder in vollem Umfang zuzulassen,
- den Ausschluss des Programms Soziale Stadt aus der Möglichkeit der Umverteilung von Bundesmitteln zwischen den Programmen der Städtebauförderung wieder aufzuheben.

Treten Sie unserem Bündnis bei und unterstützen Sie in den nächsten Monaten unsere Forderungen an Bund und Land. Denn das Programm leistet einen wichtigen Beitrag, um die soziale Stabilität in unseren Städten zu sichern!

Magdeburg, im Februar 2011



Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.



SPI Soziale Stadt und Land
Entwicklungsgesellschaft mbH



Verband der
Wohnungswirtschaft
Sachsen-Anhalt e.V.



Verband der
Wohnungsgenossenschaften
Sachsen-Anhalt e.V.
Genossenschaftlicher Prüfungsverband



Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt



Deutscher Mieterbund
Sachsen-Anhalt e.V.

Kontaktadresse:
AWO Landesverband
Sachsen-Anhalt e.V.
Klausener Str. 17
39112 Magdeburg
info@awo-LSA.de